

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gau. Ad. Schick, Hoflieferant,
St. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke,
Otto Nitsch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Mr. 296

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährl. 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 28. April.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Ammonen-Expeditionen
R. Mosse,
Haasestein & Vogler A.-G.,
G. G. Hanke & Co.,
Invalidenbank.
Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Inserate, die sechsgesparte Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an der vorzüglichen
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

1896

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung vom 27. April, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.
Die namentliche Abstimmung über den Antrag Gamp, betreffend
Gültigkeit der Wahl des Abg. Holz, die in der letzten Sitzung die
Beschlussfähigkeit des Hauses ergeben hatte, wird auf Vorschlag
des Abg. v. Kardorff wegen zu schwacher Belebung des Hauses
noch vorgelegt und zuerst der Bericht der Wahlprüfungscommission
über die Wahl des Abg. Böhlmann (Rpt. 6. Elsak-Lothringen)
entgegengenommen.

Der Antrag der Kommission lautet, die Wahl für
ungültig zu erklären und dem Reichskanzler die Akt in
zur Kenntnahme und geheimer Veranlassung mit Rücksicht
auf das bei der nachträglichen Beweiserhebung stattgehabte
Verfahren vorzulegen. Es sind nämlich auf Veranlassung des
Abgeordneten Böhlmann auch die von ihm namhaft gemachten
Beugen ohne ausdrücklichen Auftrag der Wahlprüfungscommission
vernommen worden.

Abg. Gürber (El.) befürwortet den Antrag der Kommission.
Es handele sich hier um eine Fälschung des Volkswillens, da
sämtliche Bürgermeister bis auf einen für Böhlmann eingetreten
seien. Die Bürgermeister, die in Elsak mit volzzähligen Besug-
nissen ausgestattet seien, hätten ganz allgemein eine amtliche
Wahlbeeinflussung schlimmster Art ausgeübt. Böhlmanns Kan-
didatur sei eine offizielle im Sinne Napoleons gewesen.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher legt auf Wunsch der
elsässischen Regierung die Gründe dar, nach denen bei der Ver-
nehmung der Beugen bezüglich der Wahl des Abg. Böhlmann
verfahren sei. Die Bezeichnung der Kandidatur Böhlmann als einer
"Offizellen" im napoleonischen Sinne sei falsch, solche Kandidaturen
gebe es bei uns nicht. Eine einseitige Vernehmung der Beugen
habe die elsässische Regierung nicht vorgenommen, sondern die Be-
fassung darüber den Gerichten überlassen. Dies Verfahren sei
durchaus gesetzlich, denn es komme nur darauf an, zu untersuchen, ob
bei der Wahl ordnungsmäßig verfahren sei. Nach der Geschäftsordnung
des Hauses habe der Abg. Böhlmann in der Wahlprüfungs-Kom-
mission selbst seine Bedenken vorbringen und Gegenbeweise anführen
dürfen. Er habe Beugen vorschlagen können. Nun war aber zur
Sitz, als die Erhebungen in Elsak stattfanden, der Reichstag nicht
versammelt. Der Abg. Böhlmann habe angegeben, daß er Beugen
nicht machen könne, die das Gegenteil befunden würden, wie
die Beugen des Protests. Wenn der Reichstag keine weiteren
Beugen haben wollte, so müsse dies von der Kommission ausdrücklich
ausgesprochen werden. Der Präsident des Oberlandesgerichts zu
Kolmar habe auch diese Personen ehrlich vernehmen lassen, es sei
also sorgfältig verfahren und man könne der elsässischen Verwal-
tung keinen Vorwurf machen. Es liege also für den Reichs-
kanzler kein Grund vor, das Verfahren der elsässischen Behörden
zu beschouren.

Abg. Gamp (Rpt.) zieht zunächst seinen An-
trag auf namentliche Abstimmung über die
Gültigkeit der Wahlen der Abg. Böhlmann
und Holz zurück. Die auf Wunsch des Abg. Böhlmann
erhobene erweiterte Beweisaufnahme habe ein ganz anderes Bild
als die Beweisaufnahme der Kommission. Von allen
Beschwerdepunkten des Gegenkandidaten Glöckler habe sich kaum
einer als begründet herausgestellt, und deshalb sei auch die Kom-
mission über die meisten derselben einschließlich Tagesordnung über-
gegangen. Vor allen Dingen sei es eine Verleumdung, wenn behaup-
tet wird, daß ein Wahlvotiebner Wahlfälschungen begangen
habe. Ebenso sei es unrichtig, daß die Kandidatur Böhlmann von
den Bürgermeistern aufgestellt sei, alles, was über die Wahl-
votierung der Bürgermeister berichtet sei, habe sich als unwahr
und halslos erwiesen, Böhlmann sei mehr allein, nur ein einziges
Mal in Begleitung eines Bürgermeisters in Wahlverkomm-
lungen erschienen. Herr Böhlmann hat sich bei der Wahl
in jeder Beziehung die größte Zurückhaltung auferlegt, weder
die Staatsbehörden noch Herr Böhlmann selbst haben sich bes-
sonders für die Wahl interessirt. Herr Böhlmann hat sich erst nach
langem Zögern und Zaudern entschlossen, die Wahl anzunehmen.
Der Bürgermeister Spies von Schlettstadt hingegen ist eine ganz
fanatische Persönlichkeit (Widerholt), der die Erwartungen, welche
die Regierung auf ihn gesetzt, nicht erfüllt und sich gerade mit dem
deutschen Theil der Bevölkerung in Widerholt gezeigt hat. Be-
zeichnend für ihn ist es, daß er sein Sohn 1875 nach Frankreich
auswandern und ihn erst zurückkommen ließ, nachdem er im fran-
zösischen Heere seiner Dienstpflicht genügt hatte. Ob es grade
zuverlässig war, Herrn Spies unmittelbar nach den Wahlen ab-
zuleben, lasse er dahingestellt, damit habe man nur den Gegnern
eine Waffe in die Hand gegeben. Mit der Wahl selbst hat die
Abstimmung nichts zu thun. Wenn dem Reichstage an der Feststellung
der Thatsachen liegt, so möge er die Regierung veranlassen, die
Gemeinde für die Entlastung des Spies mitzuhelfen. Der
Kommissionsbericht enthält zahlreiche Irrtümer und Unrichtig-
keiten, von einem unzulässigen Eingreifen der Beamten kann keine
Rede sein.

Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.) bemerkte, daß von den 14
Mitgliedern der Kommission 4 bei der Abstimmung gefehlt hätten,
und daß, wenn diese zugegen gewesen wären, das Votum der
Kommission wahrscheinlich anders ausgefallen wäre. Er stimmte im
allgemeinen mit dem Abg. Gamp überein, von unberechtigter Wahl-
beeinflussung seitens der Beamten könne gar nicht gesprochen
werden, offizielle Regelungskandidaten im Napoleonischen Sinne
gebe es doch heute nicht mehr.

Abg. Spahn (Gr.): Herr Böhlmann hat in seinem Schreiben
auch Ausführungen über mich und andere Mitglieder meiner Partei,
die der Wahlprüfungs-Kommission angehören, gemacht, von denen
ich konstatiiren muß, daß sie unwahr sind. Auch muß ich den
Bürgermeister Spies gegen die Angriffe des Abg. Gamp in Schutz
nehmen. Der Unterstaatssekretär v. Buttlamer hat im elsässisch-
lothringischen Landesausschuß ausdrücklich erklärt, daß die Tüchtigkeit
und die Ehrenhaftigkeit des Herrn Spies durch seine Entlastung
in keiner Weise in Frage gestellt würde. Die Beugenvernehmungen

sind auf Veranlassung des Reichstages durch den Kanzler ange-
ordnet worden, die Behörden sind aber noch darüber hinausgegangen.
Wenn Herr v. Bötticher auch dies billigt, wir können dies nicht
billigen; der Reichstag darf sich das Recht nicht aus der Hand
nehmen lassen. (Widerholt links und im Centrum.) Wenn diese
Praxis Blasq greifen sollte, könnte jeder unterlegene Kandidat
Beugen vorschlagen, die das Gericht dann vernehmen müßte. Da
der Reichskanzler die Erhebungen veranlaßt hat und die Behörden
über seine Wollungen hinausgegangen sind, hätte auch der Reichs-
kanzler alle Veranlassung, dagegen einzuschreiten. (Widerholt.)

Abg. Beck (Fr. Volksp.): In Wahlprüfungen ist nach der
Verfassung einzigt und allein der Reichstag der Gerichtshof. Der
Staatssekretär scheint es übersehen zu haben, daß weder im Civil-
prozeß noch im Strafprozeß neue Beugen von dem Richter ver-
nommen werden dürfen, wenn nicht die Gegenpartei vorher
benachrichtigt ist. Es muß ein Einverständnis beider Parteien
vorhanden sein, das ist in vorliegendem Falle nicht gelobt. Der
Staatssekretär hat sich gegen den Ausdruck "offizielle Kandidatur"
gewandt. Dieser Ausdruck ist freilich nicht ganz zutreffend, aber
aus der Art und Weise, wie jetzt nachträglich zu Gunsten der
Aufrechterhaltung der Wahl Böhlmanns seitens der Verwaltungs-
behörde vorgegangen ist und aus der Art und Weise, wie man
sich bemüht, zu Gunsten seiner Wahl nachträglich Vernehmungen
nachfinden zu lassen, kann man wohl mit Recht die Bezeichnung
einer offiziell unterstützten Kandidatur bestehen lassen. Im Gege-
natz zu dem Abg. v. Marquardsen bin ich davon überzeugt, daß
der Wahl Ungeleichheiten begangen sind. Das Vorgehen des
Kandidaten Böhlmann war durchaus nicht ein berichtigtes, doch man
längt kann: es war keine Beeinflussung seinerseits vorhanden.
Die Wirkungen eines solchen Auftretens von Beamten in Elsak-
Lothringen sind sehr weitgehend. Auf diese Weise gewinnen wir
die Gemüther in Elsak-Lothringen nicht, und mir steht ebenso wie
jedem daran, daß wir die Elsak-Lothringer für Deutschland ge-
winnen. (Widerholt links.)

Abg. Simonis (El.): Der Abg. Marquardsen hat gehandelt
wie der Vater in der Fabel, der die Mücke auf der Nase seines
Herrn losgeschlagen wollte und hierbei seinen Herrn mit erschlug.
(Hinterhält.) Nedner tritt für die Ungültigkeit der Wahl ein, wobei
ihm von dem dicht neben ihm stehenden Abg. Gamp dreimal das
Wort "Unverhältnismäßigkeit" zugespielt wurde.

Vizepräsident Schmidt ruft den Abgeordneten Gamp deshalb
zur Ordnung.

Abg. Simonis (fortlaufend) führt aus, daß in Elsak-Lothringen
die Böhlmannsche Wahl für eine exakte Wahl angesehen werde.
Der Bürgermeister Spies, der sich geweigert hat den Wahlaufruf
für Böhlmann zu unterzeichnen, ist unmittelbar nach der Wahl ab-
gesetzt worden. Wenn dies nicht auf eine offizielle Kandidatur
schließen läßt, weshalb ich überhaupt nicht, was eine offizielle Kan-
didatur ist. Derartige Sorten von Kandidaturen sind hyperoffizielle
Kandidaturen. Dem Vorstehenden der Wahlprüfungscommission
Spahn, der sich so warm des Herrn Spies angemessen hat, sage
ich meinen besten Dank, denn die Altäden, die gegen Spies hier
gerichtet wurden, könnten sonst den Anschein erwecken, als ob der
Reichstag ein Ort wäre, wo man ohne weiteres gegen Abwesende
Urteile ausschließen könnte.

Abg. Gamp: Ich bedauere es, daß ich mich durch die Aus-
führungen des Vorendners zu dem Zwischenrufe habe hinreichen
lassen, den der Präsident gerichtet hat. Auf einen groben Blasq ge-
hört zwar ein grober Teil, aber sowohl hätte ich doch nicht geben
sollen. Auch wir sind sonst der Ansicht, daß Abwesende nicht an-
gegriffen werden dürfen, aber in diesem Punkte wird auf der
rechten Seite viel weniger gesündigt als auf der linken. (Wider-
holt links.) Herr Böhlmann hat die Interessen seines Wahl-
kreises stets so warm vertreten, daß er gewiß wieder gewählt werden
wird, er ist auch für Aufhebung des Diktaturparagraphen eingetreten.
Man will hier den Beamten das Wahlrecht verbümmern,
sie zu Wählern zweiter Klasse machen, das werden sich die Beamten
merken. Die Art ferner, wie die Wahlprüfungen hier behandelt
werden, legt überhaupt den Gedanken nahe, ob es nicht besser wäre,
wenn man die Wahlprüfung in einem unparteiischen
Reichskanzler, vielleicht dem Reichsgericht, überträgt würde. (Lachen links.) Schon Fürst
Bismarck hat einmal gesagt: in der Politik giebt es kein positives
Recht, wer die Macht hat, hat das Recht! Sie werde ja wohl
von ihrer Macht Gebrauch machen. (Unruhe links.)

Abg. Preiß (El.): Wenn sich der Abg. Böhlmann einen
Agtator, wie Herrn Gamp, hätte kommen lassen, so wäre er sicher
nicht gewählt. (Hinterhält.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß die
Absetzung des Bürgermeisters Spies einer Strafe für sein Ver-
halten bei der Wahl gleichkommt. Die Bürgermeister haben sich
absolut gesetzwidrig benommen und ihre Amtsbefugnisse in den
öffentlichen Wahlversammlungen erheblich überschritten. Eine
öffentliche Wahlversammlung darf in Elsak-Lothringen nur statt-
finden, wenn sieben in der Gemeinde wohnende, im Besitz der
bürgerlichen und politischen Rechte befindliche Wähler bei der Ver-
waltungsbehörde eine Anzeige drei Tage vorher deponirt haben.
Aber die für Böhlmann sich interessirenden Bürgermeister haben
keine sieben Unterchristen gemahlt, sie haben keine Anzeige deponirt
und keine drei Tage gewartet und trotzdem Tag für Tag Ver-
sammlungen abgehalten, indem sie den Gemeindedienner mit der
Trommel herumgeschickt und die Wähler zusammengetrommelt
haben. Ein Staatsanwalt ist nicht eingetreten. Ist das nicht
eine geradezu verwerfliche Ausbeutung der behördlichen Gewalt,
wenn Recht und Gesetz mit zweierlei Maß in Elsak-Lothringen
gemessen wird?

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag auf Gültigkeit der Wahl des Abg. Böhlmann
wird gegen die Stimmen der Rechten, Antisemiten und National-
sozialisten abgelehnt, die Wahl ist also ungültig. Der
zweite Theil des Antrages der Wahlprüfungscommission wird
ebenfalls angenommen.

Die nunmehr vorgenommene Abstimmung über die Gültigkeit
der Wahl des Abg. Holz ergiebt die Ablehnung des
Antrages Gamp auf Gültigkeit gegen die Stimmen
der beiden konservativen Parteien und der Nationalliberalen. Die

Wahl des Abg. Holz (Reichspartei) ist also ebenfalls
für ungültig erklärt.

Hierauf wird an Stelle des aus der Kommission für Arbeiter-
statistik ausgeschiedenen Abg. Dr. Krovatschek der Abg. Jacob-
söller (cons.) auf Vorschlag des Abg. Spahn durch Zuruf gewählt.
Sodann vertritt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr
(Widerholt).

Schluß nach 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 27. April. [Aus dem Reichstage.] Der
Reichstag erledigte heute nur Wahlprüfungen und wird die zweite
Sitzung der Börsenreformvorlage erst morgen beginnen. Daß die
Wahl des elsässischen Abg. Böhlmann für ungültig erklärt werden
mußte, war nach der ständigen Praxis des Reichstags selbstver-
ständlich. Es liegt hier genau derselbe Fall wie im Wahlkreis
Halle vor; Verwaltungsbeamte (diesmal mehrere Bürgermeister)
hatten in einem Wahlaufruf Partei für den Kandidaten genommen
und ihre amtliche Autorität für eine Wahl eingesetzt, die ohne ihr
Zustimmen vielleicht anders ausgefallen wäre. Es ist ja
schade, daß in einem elsässischen Wahlkreis, der einen alten alten
Vertreter in den Reichstag geschickt hatte, jetzt ein neuer Kampf
entbrennen soll, worin die Protestier oder vielleicht auch die Sozial-
demokraten Sieger werden. Aber solche Rückstufen dürfen in so
schwerwiegenden Prinzipienfragen nicht mitsprechen. Es ist
eines der wirkamsten und wichtigsten Rechte, daß der
Reichstag fortgelegt geübt hat, indem er sich jeden
Schein einer amtlichen Wahlbeeinflussung unbedingt und ungehegt
verbietet. Dies muß so lange fortgelebt werden, bis die Verwal-
tungsbeamten aller Art damit aufhören, dem bestimmten und zum
Glück entscheidenden Willen des Reichstags zu widerzuhandeln. Nun
ist ja allerdings ein Bedenken dabei. Der Abg. Barth hat bereits
darauf hinzuweisen, daß es bei der Praxis des Reichstags im
Vorjahr einige Landstände, ihnen unerwünschte Wahlergebnisse,
von denen sie vorher wissen, daß sie doch nicht hinter-
treten können, dadurch vorweg für die Ungültigkeitsklärung reif
zu machen, daß sie auch in diesen Fällen absichtliche Wahlbeein-
flussung üben. Darauf ist denn freilich zu erwarten, daß derartige
sonderbare Vorgänge bis jetzt noch nicht dagewesen sind, und daß,
wenn sie doch kommen sollten, der Reichstag die betreffenden Um-
stände hoffentlich zu würdigem verstehe wird. Die Unterhaltung
über die Böhlmannsche Wahl war stellenweise etwas gereizt. Der
Abg. Gamp holte sich für einen lebenswürdigen Zuruf an die Adresse
des Herrn Simonis, den er unverschämt nannte, einen Ordnungs-
ruf. Namentliche Abstimmungen wurden wohlweislich unterlassen.
Der Reichstag hätte sonst nur seine Beschlussfähigkeit bewiesen,
und so ließ sich die Rechte stillschweigend gefallen, daß auch die
Wahl des freikonservativen Abg. Holz läuft wurde, den seine
Parteigenossen am Sonnabend nicht ohne die Probe einer nament-
lichen Abstimmung scheuen wollten. Vor der Vertragung
wählte der Reichstag noch schnell, durch Zuruf und auf Vorschlag von
der Rechten, den Abg. Jacobssöller an Stelle des Abg. Krovatschek aus der Kommission aus-
geschieden ist. Wie es heißt, steht er nicht auf dem sozialpolitischen
Standpunkt, den seine konservativen Freunde in Anlehnung an die
Stimmonsche Richtung ganz plötzlich eingenommen haben. Er
billigt die Börsenreformvorlage, und er hat jüngst sogar eine Bu-
schrift zu Gunsten des Achtuhrländerschlusses in die "Kreuzzeitung"
aufgenommen. Vom Abg. Jacobssöller sollte man allerdings
gleichfalls annehmen, daß er, der gute Freund Stöckers, zu den
christlichsozialen neige.

Das Staats-Ministerium trat Montag Nachmittag
im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten,
Staatsministers Dr. v. Bötticher zu einer Sitzung zusammen.
— Die Reichseinnahmen haben nach dem "Reichsanzeiger,"
in dem nunmehr abgeschlossenen Etatsjahr 1895/96 bei den I st-
Einnahmen der Zölle und Verbrauchssteuern im
Verhältnis zum Vorjahr 1894/95 Nachfolgendes ergeben:
Zölle 382 253 014 Mark (+ 21 020 443 M.), Tabaksteuer
10 993 030 Mark (- 417 420 M.), Zuckersteuer 80 687 804
Mark (+ 205 925 M.), Salzsteuer 45 391 301 Mark
(+ 1 033 591 M.), Maischbottich- und Branntweinmaterial-
steuer 16 724 482 Mark (- 17 826 M.), Verbrauchsabgabe
von Branntwein und Bier zu derselben 95 789 799 Mark
(- 4 338 426 M.), Brennsteuer 993 254 Mark (+ 993 254
M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 26 881 537
Mark (+ 1 831 307 M.), Summe 659 714 221 Mark
(+ 20 310 848 M.) — Das Ergebnis der Stempel-
steuer-Einnahmen gestaltete sich wie folgt: Stempelsteuer
für: a. Wertpapiere 15 490 075 Mark (+ 6 452 410 M.),
b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 19 889 118 Mark
(+ 3 471 501 M.), c. Lose zu: Privatlotterien 3 069 298
Mark (+ 738 648 M.), Staatslotterien 15 737 782 Mark
(+ 5 333 656 M.), Spielkartenstempel 1 423 169 Mark
(+ 26 331 Mark), Wechselseitige Stempelsteuer 8 734 508 Mark
(+ 586 671 Mark), Spielkartenstempel 1 330 581 Mark
(+ 52 710 M.)

Mehrere Abendblätter bringen die Meldung, daß in den
Kämpfen gegen die Khattas-Hotten totten die
Ottomanen Lampe und Schmidt gefallen und Lieutenant
Eagars verwundet seien.
— Der "Reichsanzeiger" bringt einen Erlass des
Finanzministers, der besagt: Seitens der Besitzer von
Branntwein intheilungslagern solle vielfach unter-
lassen werden sein, vor Abschluß der Bestandsaufnahme in
ihrem Lager den Antrag auf Maischbottichsteuer-Bergütung.

für diejenigen Branntweinsehleinnahmen zu stellen, welche ihrem anderweitigen Antrage gemäß in dem Niederlagerister bei mosch-bottischsteuerpflichtigem Branntwein zur steuerfreien Abschreibung gelangt seien. Infolgedessen sei die Gewährung der Vergütung abgelehnt worden. Zur Beseitigung von derartigen Beschwerden bestimmt der Finanzminister, daß vorkommendenfalls der Lagerbesitzer von dem ersten Abfertigungsbeamten ausdrücklich zu befragen sei, zu welchem Steuersatz er eine etwa in Frage kommende steuerfreie Abschreibung beantrage. Der Erlass enthält nähere Bestimmungen über dieses Verfahren.

— Wie der „Pos“ gemeldet wird, soll der Fall Ahlwardt aus dem zu Posen stehenden Paritätstage der Antisemiten mit der Provinz Brandenburg erledigt werden.

W. B. Straßburg i. Els., 27. April. Ueber die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Bueb wird von zuständiger Seite folgendes mitgetheilt: Vor einigen Tagen war hier in Form einer Billige zur „Volksstimme“, der in Mannheim erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung, ein Flugblatt mit der Überschrift „Zur Gemeinderathswahl“ verbreitet worden, ohne daß die hierzu erschöpfliche Erlaubnis nachgesucht worden war. Deshalb und weil das Flugblatt außer einer groben Beleidigung des elsass-lothringischen Landesauschusses eine Schilderung der gesetzlichen Neuregelung des Gemeindewohlfahrts enthielt, welche geeignet war, Staatsanrichtungen verächtlich zu machen und damit gegen den § 181 des Strafgesetzbuches verstieß, wurden polizeiliche Nachforschungen ange stellt und im Laufe des vorigen Sonnabends etwa 16 000 Exemplare der Flugschrift bei dem Reichstagsabgeordneten Bueb entdeckt. Der zuständige Beamte beschlagnahmte folglich den ganzen Befund und zwar in Gegenwart des Reichstagsabgeordneten, als sich derselbe ausdrücklich als der Verfasser des Flugblattes bekannte. Als nun kurz darauf die in starken Wörtern verpackten Drucksachen schriftlich abgeholt werden sollten, waren dieselben verschwunden und Herr Bueb erklärte dem amtierenden Beamten, daß er nicht die beschlag nahmene Gegenstände beseitigt habe. Als er sich weigerte, über den Verbleib derselben Auskunft zu geben, ließ die kaiserliche Staatsanwaltschaft Herrn Bueb festnehmen, indem sie sich auf § 31 der Reichsverfassung stützte, welcher die Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten für zulässig erklärt, wenn derselbe bei Begehung einer strafbaren Handlung auf frischer That oder im Laufe des darauffolgenden Tages ergripen wird. Der Reichstagsabgeordnete Bueb bezeichnete zwar zunächst das gegen ihn eingeleitete Verfahren als ungesetzlich, gab aber am Sonntag Morgen im Gefängnis die schriftliche Erklärung ab, daß er die beschlagnahmene Drucksachen im Keller seines elterlichen Hauses verborgen habe und daß er in die Auslieferung derselben an die zuständige Behörde einwillige. Allerdings war die Angabe des Reichstagsabgeordneten über den Ort, wo er die Flugblätter verborgen haben wollte, falsch; denn dieselben wurden gestern Mittag nicht im Keller seines Hauses, sondern bei einem Parteigenossen in der Chaptalstraße vorgefunden. Nachdem aber die beschlagnahmene Drucksachen bei der kaiserlichen Staatsanwaltschaft eingeliefert worden waren, hat dieselbe unmittelbar darauf gestern Nachmittag den Reichstagsabgeordneten wieder auf freien Fuß gesetzt.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm die Kreditvorlage für die Herstellung von 16 Eisenbahnen mit 44 062 000 M. an. Die Beschlusssitzung über die Linien Berlin-Cöthen und Königs-Lippisch wurde ausgelegt. Zu der Frage der General-Entrepri se erklärte der Vertreter der Regierung, daß Versuche in dieser Hinsicht gemacht werden sollen.

Vermissenes.

† Aus der Reichshauptstadt, 27. April. Von der Gewerbeausstellung. Der Koller hat an den Arbeitsauskunfts der Gewerbeausstellung die Mitteilung gelangen lassen, daß er zur Eröffnung am 1. Mai eine Ehrenlokompa gne besohlen habe. Nach dem Gouvernementsbesuch vom Sonntag ist hierzu die 1. Kompanie des der Ausstellung zugehörigen 3. Garde-Regiments z. F. unter Hauptmann v. Leyser bestimmt worden. Die Kompanie muß, mit der Musik auf dem rechten Flügel, um 10 Uhr 45 Minuten am Hauptindustrie-Gebäude, im Paradezug, zu welchem der Helmbusch gehört, Aufstellung genommen haben; ebenso ist für die an der Eröffnung der Ausstellung teilnehmenden Offiziere Paradeanzug vorgeschrieben. Der Bahnhof Gewerbe-Ausstellung ist nun mehr dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Der erste Zug, vom Görlitzer Bahnhof kommend, traf heute 2.41 früh auf Bahnhof Gewerbe-Ausstellung ein. Es entstiegen ihm einige Bahnbeamte. Die nachfolgenden drei Züge brachten noch keine Bahnbeamte; der erste Fahrgäst traf mit dem 5.21 vom Schlesischen Bahnhof abgelaufenen, nach Grünau bestimmten Zuge, 5¹/2 auf der neuen Station ein. Von der entgegengesetzten Richtung entstieg der erste Fahrgäst dem um 5¹/2 einstrebenden Zuge. Dieser Zug nahm auch den ersten Passagier auf diesem Bahnhof auf. — Die Männer arbeiten auf dem Gelände der Gewerbeausstellung und innerhalb der Gebäude werden noch der „Fr. Btg.“ von zwei Bataillonen des 3. Garde-Regiments am 29. d. M. besetzt, weil, wie es heißt, es nicht möglich war, genügende zuverlässige Hilfskräfte noch heranzuziehen. — Die Presse bellat sich darüber, daß am Sonntag einige ihrer Vertreter bei einem Besuch der „Gewerbeausstellung Kairow“ schlecht behandelt wurden. Die Herren, deren Mehrzahl sich in Begleitung ihrer Frauen befand, wurden, obwohl sie Passpartous oder anderweitige Legitimation hatten, von dem Direktor Möller zum Verlassen der Ausstellung gezwungen. Der Mann brüllte als Journalisten protestierten, unter wilden Bewegungen: „Raus mit dem Gesindel! Hier bin ich Herr!“ Die Presse erwartet nun, daß die Herren vom Komitee öffentlich die Erklärung abgeben, ihren sogenannten Direktor zu einem derartigen Auftreten niemals beugt zu haben.

Bur Bewegung in der Konfektionsbranche. Dem „Konfekt.“ zufolge beklagte der fast alle großen Fabrikanten der Berliner Herren- und Knaben-Konfektions-Großfirmen umfassende Verein dem Eingangsamte des Berliner Gewerbege richts mit, daß der neu errichtete Kaufhaus als unannehmbar abgelehnt wurde. Die Fabrikanten erklärten, sie wollten unablässig bemüht sein, in direkte Verhandlungen mit den Arbeitern zu treten und die Lohnsätze soweit irgend möglich zu erhöhen. Damit ist der Vertrag zwischen den Konfektionären, Weißtannen und Arbeitern, der die Grundlage der Eingang bildete, thatlich aufgegangen. Das Eingangsamte wird nun sofort zu diesem Schlusse Stellung nehmen. In den Kreisen der Weißtannen und Arbeitern will man der Frage näher treten, ob sich nicht auf Grundlage eines Maßnahm e eine befriedigende Lösung der Wirren herbeiführen lasse.

Posales.

Posen, 28. April.

* Personalien. Der Kreis-Therarzt Jacobi zu Obornik ist, unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amt, in die

Kreis-Therarztkette des Kreises Pleschen, mit dem Amtssitz in Pleschen, versetzt worden. — Dem Therarzt Franz Fischöder in Bromberg ist, unter Anweisung des Amtswohnsitzes in Jarotschin, die kommissarische Verwaltung der Kreis-Therarztkette für den Kreis Jarotschin übertragen worden.

Aus der Provinz Posen.

✓ Wieseritz, 26. April. [Versammlung des Bundes der Landwirthe.] Heute hielt der Bund der Landwirthe im Malche'schen Saale eine Heerschau über seine Mitglieder ab, zu welcher besonders zahlreich die Großgrundbesitzer des Kreises erschienen waren. Der Vorsitzende der Kreisabtheilung, Graf zu Dohna-Hiller-Gärtringen, begrüßte die Erschienenen und hob hervor, daß seit der letzten Zusammenkunft die wirtschaftliche Lage sich nicht gebessert, vielmehr verschärft habe. Demgegenüber könne nur das Festhalten an bisher vollzogenen Zielen, die auf Christentum, Deutschtum und monarchische Gestaltung basieren, zum Siege führen. Als Tagess. Redner war ursprünglich der bekannte böhmische Stenomotorbauer und Reichstagsabgeordnete Lukas angekündigt; derselbe war am Erscheinen verhindert, und an seiner Stelle hatte die Centralleitung des Bundes einen Landwirth Wolff, anscheinend Brondenburger, entsandt. Herr Wolff überbrachte die Grüße der Centralleitung und versuchte die Befreiungen des Bundes zu entwerten und die Stellungnahme desselben zu den schwierigen Gesetzestagen zu lennen. Die Hindernisse, so führte Redner ungeschärft aus, gegen die Entwicklung eines kräftigen Mittelstandes, des festesten Fundaments des Staates, seien vor allem das internationale Großkapital und die organische Kettenbildung der Börse. Der Bund sei der heftigste Gegner der Börse und besteht, einen lebensfähigen Bauern- und Handwerkstand zu erhalten, Bedingungen für das Aushalten auf der eigenen Scholle zu schaffen. Das Großkapital heute die allgemeinsten Interessen sei; es sei zu bedauern, daß bei dem in Aussicht genommenen Börsengesetz die beantragten verschärften Bestimmungen des Bundes Ablehnung erfahren hätten. Den zur Bekämpfung der agrarischen Übergriffe ins Leben gerufenen Schutzbund bezeichnete Redner als „das klügste Herr- und Hammerbild der Börsenmänner und des jüdisch-großkapitalistischen Freistands.“ Der Margarine-Gesetzentwurf verdanke sein Entstehen der Initiative des Bundes, dessen Untersuchungen von 3000 Butter-Proben bis zu 48 Prozent Fälschungen ergeben hätten. Die Einwürfe der wirtschaftlichen Gegner gegen die vielgestaltigen „Liebesgaben“ seien hinfällig. Bei den Ausführungen über das Zuckersteuergesetz erwähnt Redner, daß Deutschland gegen Frankreich mit 2 M. Ausfuhrprämie, gegen Österreich mit 4 M. bei nur 1,20 M. Ausfuhrprämie nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt sei, schien aber gar nicht darüber orientiert zu sein, daß gerade die Posener Vertreter unter Führung des Reichstagsabg. v. Staub zu den bestätigten Gegnern der brabichtigen Regelung „dieser Liebesgabe“ zählen. Der Redner verbreitete sich sodann über den Terminbundes und kritisierte die bestehende Schutzpolitis. Der lohnliegenden Industrie habe man mit der letzteren aufzuhelfen, sie für die landwirtschaftlichen Produzenten laufkräftig machen wollen, aber bis jetzt habe hiervon die Landwirtschaft nichts verspürt. Die Einwände der Vertreter des Bundes habe der Kanzler ohne Ur und Halm unter Nichtanerkennung eines Notstandes ignoriert. Dies widerstreift Redner die Landwirtschaftskammer, die Aufhebung des Identitätsnachwesels, das Alttennen, die Schäden der sozialen Gesetzgebung und erörtert die Vorzüge des Antrags Rantz, der trotz seiner Ablehnung im Reichstage wiederkehren werde, da die Agrarverbände eine Vaterlandsverteidigung, gestützt auf ehreliche Arbeit, zu Vaterlands Ehre bildeten. Die Währungsfrage endlich berührte eng die Interessen der produktiven Stände, für welche die Goldwährung von Nachteil sei. Daß die Währungsfrage auf geworden sei, sei der Verdienst der wirtschaftlich-politischen Vereinigung, die jene nicht von ihrer Tagesordnung verschwinden lassen werde. Der Redner sprach recht fleißig, stellte jedoch in der Sache wiederholend an 1½ Stunden, dabei die bekannten antisemitischen Schlagwörter gebrauchend; besonders häufig erwähnte er die rote und goldene Internationale.

Es folgten nun Ausführungen des Grafen zu Dohna über das neue Prozentige landwirtschaftliche System, welches geeignet sei, dem Landmann und kleinen Gewerbetreibenden durch willigen Kredit Einnahmen zu verschaffen. Von den beiden Arten der Belebung, 4 Prozentige und 3½ Prozentige, würden nach den ersten seire Taxen mehr abgeflossen und zu dem leichter kommt jetzt des Prozentigen hinzu. Bei diesen müssen 3½ Prozent entrichtet werden, wovon als Zinsen 2 Prozent gerechnet würden; die Hälfte des übrigen 1. Viertels sei für die Verwaltung bestimmt, würde aber von derselben nicht aufgezehrt und liefern noch einen Zuschuß zu den anderen, die Amortisation bildenden 2. Viertel. Dabei sei die Vergünstigung vorgenommen, daß der Gläubiger zu seinem Vorbehalt in beständigen Sätzen über 3½ hinaus Zinsen entrichten könnte, ohne hierzu verpflichtet zu sein. Dem bisherigen Mangel an der nötigen Überblick über geleistete Zahlungen soll durch Zustellung einer jährlichen Abrechnung an die Interessenten abgedolfen werden. Die bisherige Anrechnung bis zur Hälfte des Wertes des Grundstücks ist auf zwei Drittel erhöht, tritt aber nur ein bei Werthobjekten über 30 000 M., in welcher Summe aber auch das Inventar enthalten sein könnte. An Stelle der bisherigen Tage nach dem 30 fachen Grundsteuerrelaxiertrage erfolge diese jetzt zum 60 fachen Betrage und geschehe an Ort und Stelle. Die Taxenlasten seien billiger und könnten durch gemeinsame Schätzungen auf ein Minimum beschränkt werden. Die Gehüse seien an die Direktion der Posener Landwirtschaft zu richten. War erforderlich die Konvertirung Ausgaben, die aber bedeutend ermäßigt würden durch Vermittelung der Landwirtschafts-Darlehnskasse. Schließlich legt der Vortragende der Versammlung folgende Resolution vor: Die heutige tagende Versammlung des B. d. L. versichert der Leitung ihr vollkommenes Vertrauen und Einverständnis und dankt für deren manhaftes Eintreten. Wir bitten dahin zu wirken, daß der Termin-Greteldehandel bestätigt werde und an allen Forderungen des Bundes festzuhalten. Die Resolution, welche schon auf einer Versammlung in Wollstein angenommen wurde, stand Zustimmung und ist wohl ein neuer Beleg für die von den Führern für Herrn v. Blöß inscindeten Vertrauenskundgebungen.

Nunmehr erhielt der Vorsitzende der Provinz-Abthg. des Bundes, Major Endell-Rieker, das Wort. Der Redner bittet, der Leitung gegenüber das bisherige Vertrauen zu bewahren und unter der Fahne des Bundes fest zusammen zu stehen. Das thue ganz besonders im Wahlkreise Wetzlar-Born mit Roth, wo zwei derselben Bestrebungen verfechtenden Vereinigungen existieren. Er hoffe zuverlässiglich, daß der vorher vom Grafen zu Dohna ausgesprochenen Erwartung, die angekündigte Verständigung mit dem deutschen Bauernbunde werde zu einer Vereinigung mit dem Bunde d. L. führen, in Erfüllung gehen werde, damit nicht, wenn der Tag der Wahl herannah, der totius gaudens die Früchte einheimsse. Der von den Kreislinien und der Sozialdemokratie der Leitung gemachte Vorwurf, sie verfechte nur die Interessen der Großgrundbesitzer, sei nichts weniger als gerechtfertigt und berücksichtige nicht, daß die steigenden Fleckendepreise auch dem kleinen Besitzer Vorteile bieten. Nun gebe es ja Gegenenden, z. B. a. d. Neze, wo die Viehzucht und nicht der Fleckendebau vorherrschend seien; aber auch für solche seien doch die Bestrebungen des B. fördern, die darauf gerichtet seien, die Grenzen zu schließen, damit die Fleckendepreise steigen und die Maul- und Klauenrente z. nicht den Viehstand vernichte, was für den kleinen Bauer viel mehr zum Ruhm führe, als beim Großgrund-

besitzer mit großem Viehstand. Ungerechtfertigt seien auch die Vorwürfe, daß der B. d. L. bisher nichts erreicht habe. Ein kurzer Rückblick auf die dreijährige Thätigkeit zeige das Gegenteil. In den Reden der Minister in den Parlamenten fände jetzt ständig die Notlage der Landwirtschaft Ausdruck, wie der bekannte Anspruch Miquels zeige, daß die Gesetzgebung in den letzten 30 Jahren weit mehr Handel und Industrie berücksichtigt habe und die Landwirtschaft leer ausgegangen sei. Die Anlage von Straßen und der Bau von Kanälen und Eisenbahnen hätten fast ausschließlich Handel und Industrie Nutzen gebracht, der Landwirtschaft und dem Gewerbe aber sei Schaden durch die Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und das Klebegebot erwachsen. Dies und andere Schäden zu beseitigen, sei nicht in einem Jahre möglich, aber daß in den Nebeljahren eine Wendung zum Besseren eingetreten, sei einzige und allein das Verdienst d. B. d. L. die Errichtung der landwirtschaftlichen Centralgenossenschaftskassen sei eine Errungenschaft des Bundes; damit würden die produktiven Stände dem Bucher entzogen. Hier trete eine Bresse, die rückhaltslos die Schäden der Großkapitalistischen Wirtschaft aufdecke, und er glaube, sie hätten etwas erreicht, um dem Tanz ums goldene Kalb ein Ende zu setzen. Von den Gegnern werde d. B. Miquels und agitatorisches Verhalten vorgeworfen und die Versammlung im Brixius Busch als eine Radoversammlung bezeichnet. Es sei ja freilich Thatsache, daß ihre Bestrebungen vom Ministerium als gemüthsgläublich bezeichnet worden sei, aber er glaube, daß jene Neuerung nicht wörtlich zu nehmen sei und im übrigen von dem Minister überdauert werde. Die Antwort darauf habe der Bund gegeben, indem er in alter Treue an den gestiegenen Zielen festhalte. S. in Recht ließlich der Bund von keiner Seite verkümmern und die Vertretung lehrter Interessen in Sachgemäßer Weise sei sein gutes Recht. Agitation für eine gute Sache zu treiben, sei Pflicht. Wenn die rote Internationale zur Herrschaft gelangt und die Bauern vor ihren Schollen vertreiben seien, — in dem soz. Zukunftstaat — werde ein Hohenzollernthron keinen Platz finden. Darum gelte es, zu kämpfen für einen freien unabhängigen Bauernstand, der des Königs beide Soldaten liefern und der festeste Schutzwall sei gegen die Sozialdemokratie. Darum sei allezeit die Wahrung: „Vereit zum Kampf für Kaiser und Reich.“ Dem Redner wurde natürlich lebhafte Befürchtung in theil.

Rittergutsbesitzer Rodozy-Politzig wendet sich gegen die Ausführungen der ersten Redner bezüglich des Gesetzes zwischen Junkern und Bauern. Er bitte die kleinen Besitzer, Vertrauen zu den Großgrundbesitzern zu fassen, die die Interessen des kleinen Mannes wahren; daß ihnen häufig entgegengebrachte Misstrauen könne die Leiter zu freudiger Arbeit für das Gemeinwohl nicht ermuntern. Er würde sich freuen, wenn aus der Versammlung eine Vertrauenskundgebung durch einen kleinen Besitzer für die Großgrundbesitzer erfolge. Trotz dieser rührenden Aufforderung geschah allerdings nichts dergleichen. — Zum gemüthigen Zusammensehen und treuem Aufhalten mahnte ferner Rittergutsbesitzer Bree ist-Wies, der auf die wachsende Gefahr der Sozialdemokratie unter Bezugnahme auf die Schlesische Rede hinwies; in gleichem Sinne äußerte sich Majoratsbesitzer Fischbeck-Tischbeil, der dem Grafen zu Dohna den Dank für seine Wöhrenhaltung aussprach. Graf zu Dohna gab noch eine Übersicht über die Mitgliederzahl des Bundes; dieselbe beträgt im Kreise Brem. in Wieseritz an 600 Mitglieder und beträgt früher über 1200. — Zum Schluß dankt Rodozy dem Provinz-Vorsitzenden Endell für seine treue Arbeit und umstättige Leitung, worauf letzterer mit einem Hoch auf den Bund erwiderte.

✓ Schneidemühl, 27. April. [Verhaftung.] Derstellvertretende Zugführer, Schaffner Wartis hier selbst, welcher das fürstlich auf der Bahnstrecke Roßgallen-Draßig geliehene Eisenbahnwaggon, bei welchem vier Personen um das Leben gekommen und einige andere schwer verletzt worden sind, zum Theil mit verschuldet haben soll, ist auf Requisition der Staatsanwaltschaft verhaftet und dem hiesigen Justizgefängnis eingeliefert worden.

V. Traustadt, 27. April. [Feuer.] Gestern früh 4 Uhr kam in der Scheune des Bauergutsbesitzers August Tschöpe in dem benachbarten Alt-Orte Feuer aus, welches bei dem leichten Bauart der Scheune mit großer Schnelligkeit um sich griff, so daß binnen kurzer Zeit dieses Gebäude, sowie das an dasselbe stoßende Wohnhaus in hellen Flammen stand. Der in dem Wohnhause wohnende Handelsmann Trenner konnte nur sein nacktes Beben retten; seine ganze Habe ist dem verheerenden Elemente zum Opfer gefallen. Auch von den in der Scheune aufgespeicherten Getreidevorräten und von den in derselben aufgestellten Maschinen konnte nichts gerettet werden. Dem energischen Eingreifen der erschöpften Löschmannschaften ist es zu verdanken, daß die Nebengebäude von den Flammen verschont geblieben sind. Dem Besitzer Tschöpe ist ein ganz bedeutender Schaden erwachsen, da er nur gering verachtet ist. Auf welche Weise das Feuer entstanden ist, konnte nicht ermittelt werden. Man vermutet böswillige Brandstiftung.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Breslau, 27. April. [Kais. Feierlichkeiten.] Wie glaubwürdig verlautet, bewilligen die Stadtverordneten in gebelterm Sitzung auf Antrag des Magistrats hunderttausend Mark für Empfangsfeierlichkeiten und feierliche Veranstaltungen anlässlich der Anwesenheit des Kaisers im September gelegentlich der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales.

Telegraphische Nachrichten.

H. Köln a. Rh., 27. April. Die „Köln. Btg.“ versichert in einem längeren Artikel über die Militärstrafprozeßordnung und den Abschied des Generals von Spizy, die Überzeugung, daß es in übersehbbarer Zeit dem Kriegsminister gelingen werde, seine Pläne durchzuführen, sei in parlamentarischen Kreisen, die in solchen Dingen ein Urtheil haben, erschüttert. Sollte der Kriegsminister seinen Gegnern unterliegen und zum Rücktritt veranlaßt werden, so würde der aus den Reihen der Gegner der neuen Militärstrafprozeßordnung kommende Nachfolger einen Platz in dem Ministerium finden, in welchem Fürst Hohenlohe und Miquel wären. Die „Köln. Btg.“ schließt den Artikel mit den Worten: „Wir haben ein dringendes Interesse daran, daß eine Ministerkrisis sobald nicht eintrete, deshalb ist es nothwendig, rechtzeitig einen Richtstrahl auf die Dinge zu werfen, die hinter den Coulissen hervorragen, aber noch nicht klar im ganzen Umfang zu erkennen sind.“

Flensburg, 27. April. Der Redakteur und Verleger der „Flensborg avis“ Jessen wurde heute von der ersten Strafkammer wegen groben Unfugs zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte in einer Versammlung in Hellevoit gegen die deutschen Kaufleute aufgewartet.

Hamburg, 27. April. Fürst Bismarck hat sich bereit erklärt, die von dem hiesigen Kriegerverbande beschlossene

Huldigung entgegenzunehmen. Dieselbe soll im Juli stattfinden.

Leipzig, 27. April. In dem "Leipziger Tageblatt" veröffentlichte mehrere hervorragende Verlagsfirmen eine Kündigung, in welcher dieselben in Bezug auf die Abmachungen zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Bund und der Gewerkschaft-Beratung erklären, daß sie sich von wirtschaftlich berechtigten Gründen von einer Erhöhung des Druckertariffs nicht hätten überzeugen können. Der Buchhandel sei nicht in der Lage höhere Zölle zahlen zu können. Unter diesen Umständen hätten sich die beteiligten Firmen entschlossen, den von ihnen beschäftigten Druckerinnen gegenüber jede Erhöhung des Druckertariffs abzulehnen. Am Schluß werden die anderen Firmen aufgerufen, sich dem berechtigten Vorgang der Leipziger Firmen anzuschließen.

Wien, 27. April. Das heutige Armeeverordnungsblatt veröffentlicht die Ernennungen der Erzherzogin Franz Ferdinand und Eugenie zu Feldmarschallleutnants, des Erzherzogs Leopold Salvator zum Generalmajor und des Erzherzogs Peter Ferdinand zum Oberstleutnant, ferner werden die Ernennungen von 13 Generalmajoren zu Feldmarschallleutnants, von 39 Obersten zu Generalmajoren und die Ernennung des Generalmajors Eder zum Admiral veröffentlicht.

Budapest, 27. April. Der König und die Königin von Rumänien sind gestern hier eingetroffen. Im Laufe des Tages besichtigt das Königspaar die Ausstellung.

Paris, 27. April. Nur wenige Blätter glauben, daß Melina die Bildung eines Konzentrations-Kabinetts gemäßiger Färbung gelingen werde; andererseits wird ein homogenes gemäßigtes Kabinett für nicht lebensfähig erklärt. Radikale Kreise hoffen, Präsident Faure werde schließlich auf Bourgeois zurückkommen.

Paris, 27. April. Bei dem gestrigen Diner zu Ehren des Fürsten Ferdinand trank der bisherige Ministerpräsident Bourgeois auf den Sultan, den Fürsten Ferdinand, dem er im Namen der Regierung für seinen Besuch dankte, sowie auf die Fürstin Marie Louise und den Prinzen Boris. Fürst Ferdinand trank auf den Präsidenten der Republik und auf die Größe, das Gediehen und den Ruhm Frankreichs.

Paris, 27. April. Nach der Volkszählung vom 29. d. M. beträgt die Einwohnerzahl von Paris 2511955, d. i. 87250 mehr als im März 1891.

London, 27. April. Nach einer Meldung der "Times" aus Kapstadt, hat im Volksraab des Oranje-Freistaates bei der Beratung über die Frage der Vertheidigung die Kriegskommission den Ankauf von Munition, die Vermehrung der Artillerie und die Errichtung eines Forts bei Bloemfontein anempfohlen.

London, 27. April. [Unterhaus.] Der Parlamentsunter-

sekretär des Auswärtigen Curzon erklärt, die britische Regierung sei vom russischen Botschafter v. Stahl davon unterrichtet worden, daß die von einigen Blättern verbreitete Nachricht von einem geheimen Vertrag zwischen Russland und China, durch welchen China einen großen Theil seines Gebietes an Russland abtreten sollte, vollständig unbegründet sei. Der Staatssekretär Chamberlain erklärt, am Sonnabend sei der Hauptinhalt der Antwort des Präsidenten Krüger auf die Einladung auf telegraphischem Wege eingetroffen. Die volle Wirkung der Antwort könne nicht gehabt gewürdigt werden, obwohl Kenntnis der ganzen Depesche und des ihr vorausgegangenen Schriftwechsels. Der wichtigste Punkt sei die Antwort Krügers auf das Geschenk um einen endgültigen Beschluß auf die Einladung; Krüger antwortet, er sei überzeugt, die britische Regierung werde die Schwierigkeit seiner Stellung aerkennen und würdigen, er halte es für besser, die Frage seiner Reise nach England gegenwärtig nicht zu erörtern, ganz besonders im Hinblick auf die herannahende Tagung des Volksraabs, welche im Mai beginne und seine Gegenwart wenigstens während eines Theiles derselben in Plätoria mögliche, da wichtige Maßregeln von der gesetzgebenden Röperstaat berathen werden müssten. Es sei klar, und er hoffe zuverlässiglich, daß durch Geduld und Takt auf beiden Seiten eine friedliche und beständige Lösung der Angelegenheit erreicht werden. Chamberlain führt fort, unter diesen Umständen habe die britische Regierung für jetzt die Einladung zurückgezogen und an Sir H. Robins telegraphisch den Besuch übermittelt, daß sobald Bower zurückkehrt sei, und wenn dann die Beflände im Matalebeland es gestatteten, Robins zu einem kurzen Besuch nach England kommen solle, um mit der Regierung zu berathen und Wissens zu erhalten, welche er bei ferneren Unterhandlungen, die beschlossen werden könnten, zu beforschen haben werde. Der gesamte Schriftwechsel werde zur Veröffentlichung vorbereitet.

Der erste Vortrag des Schatzes Balfour führt fort, die Abmachungen für die Bedingungen des Schiedssprüche hinstelllich Benueolas sowie anderer Fragen seien von der britischen und der amirikanischen Regierung in den jüngsten Unterhandlungen erörtert worden. Die neueste Mitteilung von der Regierung der Unionstaaten, welche Freitag eintraf, werde jetzt von der englischen Regierung erwogen. Dieselbe betreffe sowohl die allgemeine Frage des Schiedsgerichts als auch die spätere auf Venezuela bezügliche Frage. Eine Beratung über noch schwiegende Unterhandlungen sei ungewöhnlich. Chamberlain erklärt ferner, er glaube, die Chartered Company habe einen Kassenbestand von 1/2 Million Pfund Sterling und werde die Kriegskosten, soweit dies erforderlich sei, zahlen.

Bournemouth, 27. April. Cornelius Herz wurde heute in seiner Wohnung von dem Londoner Richter Sir John Biddle verhaftet. Das Gericht, dem der Vertheidiger Herz' und Vertreter der englischen und der französischen Regierung bewohnen, dauerte eine halbe Stunde. Es wurde vereinbart, daß die beiden seitigen Rechtsvertreter die Untersuchung am nächsten Sonnabend in Bowstreet-Gericht fortsetzen sollen.

Amsterdam, 27. April. Nach einer Depesche des

"Handelsblad" aus Batavia hat Tulu Umar, welcher die Absicht hatte, sich zu unterwerfen, das ihm gestellte Ultimatum nicht angenommen. Kampfang, der Hauptort der Machtspäre Tulu Umar's, wird gegenwärtig mit 50 Geschützen beschossen.

Selgrad, 27. April. Der bulgarische diplomatische Agent Samardschew übereichte heute dem König in Gegenwart des Ministerpräsidenten in feierlicher Audienz sein Beauftragungsschreiben.

In Folge der Anordnung des ökumenischen Patriarchen wurde in der orthodoxen Kirche in Tessaloniki die liturgische Liturgie eingeführt, ohne daß sich hierbei ein Zwischenfall ereignete.

Sofia, 27. April. Der Sultan dankte den Präsidenten der französischen Republik Faure telegraphisch für den Empfang des Fürsten Ferdinand in Paris.

Suakin, 27. April. (Meldung des "Reuterschen Bureaus.") Der Abmarsch Osman Digma nach Amet auf dem Wege nach Adarama bestätigt sich. Die Kranken und Verwundeten werden in Amet bleiben. Alle Pferde Osman Digma sind in der Gefahr, vor Hunger umzukommen, wenn nicht Futtermittel erlangt werden. Zahlreiche Überläufer sind halb verhungert in Suakin angelommen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der "Vol. Sta."

Berlin, 28. April, Vormittags.

Der diesjährige Berufsgenossenschaftstag findet am 26. Juni in Berlin statt. Verhandelt wird über den Gesetzentwurf zur Unfallversicherung sowie über die Normal-Unfallversicherungs-Vorschriften für gewerbliche Betriebe.

Der "Reuzig" zufolge ist dem bisherigen Landes-Direktor von Brandenburg, von Lebeckow, der Rothe Adler oder den I. Kl. verliehen worden.

In Sachsen Aue und Genossen wegen Geheimbündnisses wird am 15. Mai und an den folgenden Tagen vor der Strafammer des Berliner Landgerichts verhandelt werden.

Paris, 27. April. Melina hatte Unterredungen mit Billot, Barthou, Hanoteau und Coquery. Faure empfing Hanoteau und drang lebhaft in ihn, das Portefeuille des Außenministers einzunehmen. Man glaubt, daß Hanoteau es annehmen werde. Sehr wahrscheinlich wird die Bildung des neuen Kabinetts zu Stande kommen, aber spät am Tage, so daß sich das Ministerrium erst Mittwoch oder Donnerstag den Kammern vorstellen kann. Von anderer Seite wird folgende Liste verbreitet: Melina Präsidium und Ackerbau, Coquery Justiz, Hanoteau Außenres., Coquery Finanzen, Lebon Handel, General Billot Krieg, Barbery Marine. Die äußerste Linie sah unter dem Vorst. Goblets den Beschluß, im Falle der Bildung eines gemäßigten Kabinetts, wegen Verlegung der parlamentarischen Regel und der aus dem allgemeinen Stimmrecht sich ergebenden Rechte zu interpellieren.

Paris, 27. April. Bei dem Diner in der türkischen Botschaft brachte der Fürst von Bulgarien einen Entschluß auf die Gesundheit und ein langes Leben des Sultans, seines erhabenen Souveräns, aus.

London, 27. April. Das Unterhaus nahm nach vierstündigem Debatt mit 266 gegen 124 Stimmen den Antrag Balfour an, sich während der ganzen Zeit der Sesson mit Regierungsvorlagen zu beschäftigen.

London, 28. April. "Times"-Meldung aus Simla vom 27. d.: Die Grenzziehung der persisch-indischen Grenze ist beendet. Damit hat die Grenzziehungskampagne, welche zwei Jahre währt, ihr Ende erreicht.

Prætoria, 28. April. (Neuermelbung.) Die Verhandlung gegen die Mitglieder des Reformkomitees wurde heute wieder aufgenommen. Der Angeklagte Hammond bekannte sich des Hochverrats schuldig, Sauer und Sampson des nicht schweren Vergehens der Majestätsbeleidigung. Der Vertheidiger XLAS die Erklärung der Angeklagten als Vertreter von Phillips, Hammond, Farax und Oberst Rhodex, in welcher diese zugeben, daß sie Jameson aufgefordert hatten, zu kommen, jedoch erklärten, hierbei keine feindliche Absicht gegenüber der Republik gehabt zu haben. Das Urteil wurde bis Mittwoch vertagt.

Handel und Verkehr.

W. B. Mainz, 27. April. Die heutige Generalversammlung der Hessischen Landwirtschaft war außerordentlich zahlreich besucht. Es waren etwa 300 Aktionäre anwesend, welche ein Aktienkapital von 27 650 000 M. mit 2586 Stimmen vertraten. Seitens der hessischen Regierung waren 2 Kommissare als Vertreter entsandt worden. Nach Bekanntgabe des Vortrags des Verwaltungsraths und des Revisionsberichts wurde Decharge erhoben und die beantragte Gewinnvertheilung genehmigt. Bei der darauf folgenden Debatte über die Verstaatlichungssofferte wurde der Antrag Reitach, d. h. gehend, daß das Regierungsgesetz als unzureichend abzulehnen und die Ansicht auszusprechen sei, daß 80 Mark dreiprozentiger Rente und eine dem Terrainlos einigermaßen entsprechende Entschädigung zu bewilligen sei, wobei von der Boraussetzung ausgegangen werde, daß das Betriebsergebnis des Jahres 1896 noch den Aktionären zu Gute kommt, einstimmig angenommen, nachdem der Verwaltungsrath seine Zustimmung zu dem Antrage erklärt hatte. Der Kommerzienrat Neuhausen und Prætorius wurden in den Verwaltungsrath wieder gewählt. Neu gewählt wurde Kommerzienrat Lauterer.

Produkten- und Börsenberichte.

Dresden, 27. April. (Schlußkurse.) Lustlos. Brot, Rebsalbelei 99,70, 3½ proz. Brotbr. 100,55, Konsol. Türk. 21,15, Türk. Losse 110,00, 4proz. ung. Goldrente 103,80, Bresl. Distontoban 118,75, Breslauer Wechslerbank 106,25, Kreditattività 224,50, Schles. Bankverein 130,25, Donnersmarkhütte 151,00, Flöther Maschinenbau —, Raffowitz'sche Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 155,00, Oberschles. Eisenbahn 79,00, Oberschles. Postland-Zement 119,60, Schles. Cement 183,50, Oppeln. Zement 133,00, Kramfia 140,90, Schles. Zinkfatten —, Laura-hütte 153,60, Berein. Hefsfab. 93,75, Detterreich. Bantnoten 170,00, Russ. Banknoten 216,50, Giebel Cement 112,75, 4proz. Ungarische Kronenanstalt 99,70, Breslauer elektrische Straßenbahn 189,00, Caro Hegenscheidt Aktien 103,75*, Deutsche Kleinbahn —, Breslauer Spitzfabrik 133,00, Leipzig'sche Elektrische Straßenbahn 161,80, *) per Ultimo Mai.

London, 27. April. (Schlußkurse.) Träge. Engl. 2½ proz. Consols 111,5, Preuß. 4proz. Consols —, Italien. 5proz. Rente 83, Bombardier 8½, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 104,25, kons. Türk. 20%, österr. Silber. —, österr. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 102,5, 3proz. Spanier

63¹/₂, 4¹/₂ pr. Egypt 100¹/₂, 4 pr. unif. Egypt 104¹/₂, 3¹/₂ pr. Tunis 16¹/₂, 6 pr. Mexikaner 94¹/₂. Ottomarke 12¹/₂. Costa Rica Pacific 62¹/₂, De Beers vere 18, Rio Tinto 19¹/₂, 4 pr. Rupees 64¹/₂ bpr. turb. org. A. 83¹/₂, bpr. org. Goldanthe 75, 0, 4¹/₂ pr. ausf. do. 1,05, bpr. Neuchatel 98, 25, Grsch. 81. Urteile 31¹/₂, do. 87er Dordoi-P. 84¹/₂, 4 pr. Griechen 1889er 26¹/₂, Kral. 89er Anl. 71¹/₂, 5 pr. Westm. Min. 77¹/₂. Neue Mexikan. Vereine von 1893 93¹/₂, Pickelkonto 1¹/₂, Silber 31¹/₂. Anatolien 88¹/₂, Chines. 108¹/₂, bpr. Chinesen (Charterd Bank) 114¹/₂, bpr. unif. Goldei. — Chines. (neue) 2¹/₂ pr. Broz. A. (do). — Paris, 27. April. (Schlußbericht.) Trüge. — Sproz. (unif. Rente 100¹/₂, bpr. Rente 102,00, Italien. 50,00, F. 88,80, 4 pr. unif. Goldene 104,00, ill. Cobper 2,00, —, 4 pr. Rente 108,80 103,80, 4 pr. unif. Egypt 108,00, 4 pr. Gold. 8,00, 4 pr. Rente 113,00, 4 pr. Rente 121,00, 4 pr. Rente 125,00, 4 pr. Rente 130,00, 4 pr. Rente 135,00, 4 pr. Rente 140,00, 4 pr. Rente 145,00, 4 pr. Rente 150,00, 4 pr. Rente 155,00, 4 pr. Rente 160,00, 4 pr. Rente 165,00, 4 pr. Rente 170,00, 4 pr. Rente 175,00, 4 pr. Rente 180,00, 4 pr. Rente 185,00, 4 pr. Rente 190,00, 4 pr. Rente 195,00, 4 pr. Rente 200,00, 4 pr. Rente 205,00, 4 pr. Rente 210,00, 4 pr. Rente 215,00, 4 pr. Rente 220,00, 4 pr. Rente 225,00, 4 pr. Rente 230,00, 4 pr. Rente 235,00, 4 pr. Rente 240,00, 4 pr. Rente 245,00, 4 pr. Rente 250,00, 4 pr. Rente 255,00, 4 pr. Rente 260,00, 4 pr. Rente 265,00, 4 pr. Rente 270,00, 4 pr. Rente 275,00, 4 pr. Rente 280,00, 4 pr. Rente 285,00, 4 pr. Rente 290,00, 4 pr. Rente 295,00, 4 pr. Rente 300,00, 4 pr. Rente 305,00, 4 pr. Rente 310,00, 4 pr. Rente 315,00, 4 pr. Rente 320,00, 4 pr. Rente 325,00, 4 pr. Rente 330,00, 4 pr. Rente 335,00, 4 pr. Rente 340,00, 4 pr. Rente 345,00, 4 pr. Rente 350,00, 4 pr. Rente 355,00, 4 pr. Rente 360,00, 4 pr. Rente 365,00, 4 pr. Rente 370,00, 4 pr. Rente 375,00, 4 pr. Rente 380,00, 4 pr. Rente 385,00, 4 pr. Rente 390,00, 4 pr. Rente 395,00, 4 pr. Rente 400,00, 4 pr. Rente 405,00, 4 pr. Rente 410,00, 4 pr. Rente 415,00, 4 pr. Rente 420,00, 4 pr. Rente 425,00, 4 pr. Rente 430,00, 4 pr. Rente 435,00, 4 pr. Rente 440,00, 4 pr. Rente 445,00, 4 pr. Rente 450,00, 4 pr. Rente 455,00, 4 pr. Rente 460,00, 4 pr. Rente 465,00, 4 pr. Rente 470,00, 4 pr. Rente 475,00, 4 pr. Rente 480,00, 4 pr. Rente 485,00, 4 pr. Rente 490,00, 4 pr. Rente 495,00, 4 pr. Rente 500,00, 4 pr. Rente 505,00, 4 pr. Rente 510,00, 4 pr. Rente 515,00, 4 pr. Rente 520,00, 4 pr. Rente 525,00, 4 pr. Rente 530,00, 4 pr. Rente 535,00, 4 pr. Rente 540,00, 4 pr. Rente 545,00, 4 pr. Rente 550,00, 4 pr. Rente 555,00, 4 pr. Rente 560,00, 4 pr. Rente 565,00, 4 pr. Rente 570,00, 4 pr. Rente 575,00, 4 pr. Rente 580,00, 4 pr. Rente 585,00, 4 pr. Rente 590,00, 4 pr. Rente 595,00, 4 pr. Rente 600,00, 4 pr. Rente 605,00, 4 pr. Rente 610,00, 4 pr. Rente 615,00, 4 pr. Rente 620,00, 4 pr. Rente 625,00, 4 pr. Rente 630,00, 4 pr. Rente 635,00, 4 pr. Rente 640,00, 4 pr. Rente 645,00, 4 pr. Rente 650,00, 4 pr. Rente 655,00, 4 pr. Rente 660,00, 4 pr. Rente 665,00, 4 pr. Rente 670,00, 4 pr. Rente 675,00, 4 pr. Rente 680,00, 4 pr. Rente 685,00, 4 pr. Rente 690,00, 4 pr. Rente 695,00, 4 pr. Rente 700,00, 4 pr. Rente 705,00, 4 pr. Rente 710,00, 4 pr. Rente 715,00, 4 pr. Rente 720,00, 4 pr. Rente 725,00, 4 pr. Rente 730,00, 4 pr. Rente 735,00, 4 pr. Rente 740,00, 4 pr. Rente 745,00, 4 pr. Rente 750,00, 4 pr. Rente 755,00, 4 pr. Rente 760,00, 4 pr. Rente 765,00, 4 pr. Rente 770,00, 4 pr. Rente 775,00, 4 pr. Rente 780,00, 4 pr. Rente 785,00, 4 pr. Rente 790,00, 4 pr. Rente 795,00, 4 pr. Rente 800,00, 4 pr. Rente 805,00, 4 pr. Rente 810,00, 4 pr. Rente 815,00, 4 pr. Rente 820,00, 4 pr. Rente 825,00, 4 pr. Rente 830,00, 4 pr. Rente 835,00, 4 pr. Rente 840,00, 4 pr. Rente 845,00, 4 pr. Rente 850,00, 4 pr. Rente 855,00, 4 pr. Rente 860,00, 4 pr. Rente 865,00, 4 pr. Rente 870,00, 4 pr. Rente 875,00, 4 pr. Rente 880,00, 4 pr. Rente 885,00, 4 pr. Rente 890,00, 4 pr. Rente 895,00, 4 pr. Rente 900,00, 4 pr. Rente 905,00, 4 pr. Rente 910,00, 4 pr. Rente 915,00, 4 pr. Rente 920,00, 4 pr. Rente 925,00, 4 pr. Rente 930,00, 4 pr. Rente 935,00, 4 pr. Rente 940,00, 4 pr. Rente 945,00, 4 pr. Rente 950,00, 4 pr. Rente 955,00, 4 pr. Rente 960,00, 4 pr. Rente 965,00, 4 pr. Rente 970,00, 4 pr. Rente 975,00, 4 pr. Rente 980,00, 4 pr. Rente 985,00, 4 pr. Rente 990,00, 4 pr. Rente 995,00, 4 pr. Rente 1000,00, 4 pr. Rente 1005,00, 4 pr. Rente 1010,00, 4 pr. Rente 1015,00, 4 pr. Rente 1020,00, 4 pr. Rente 1025,00, 4 pr. Rente 1030,00, 4 pr. Rente 1035,00, 4 pr. Rente 1040,00, 4 pr. Rente 1045,00, 4 pr. Rente 1050,00, 4 pr. Rente 1055,00, 4 pr. Rente 1060,00, 4 pr. Rente 1065,00, 4 pr. Rente 1070,00, 4 pr. Rente 1075,00, 4 pr. Rente 1080,00, 4 pr. Rente 1085,00, 4 pr. Rente 1090,00, 4 pr. Rente 1095,00, 4 pr. Rente 1100,00, 4 pr. Rente 1105,00, 4 pr. Rente 1110,00, 4 pr. Rente 1115,00, 4 pr. Rente 1120,00, 4 pr. Rente 1125,00, 4 pr. Rente 1130,00, 4 pr. Rente 1135,00, 4 pr. Rente 1140,00, 4 pr. Rente 1145,00, 4 pr. Rente 1150,00, 4 pr. Rente 1155,00, 4 pr. Rente 1160,00, 4 pr. Rente 1165,00, 4 pr. Rente 1170,00, 4 pr. Rente 1175,00, 4 pr. Rente 1180,00, 4 pr. Rente 1185,00, 4 pr. Rente 1190,00, 4 pr. Rente 1195,00, 4 pr. Rente 1200,00, 4 pr. Rente 1205,00, 4 pr. Rente 1210,00, 4 pr. Rente 1215,00, 4 pr. Rente 1220,00, 4 pr. Rente 1225,00, 4 pr. Rente 1230,00, 4 pr. Rente 1235,00, 4 pr. Rente 1240,00, 4 pr. Rente 1245,00, 4 pr. Rente 1250,00, 4 pr. Rente 1255,00, 4 pr. Rente 1260,00, 4 pr. Rente 1265,00, 4 pr. Rente 1270,00, 4 pr. Rente 1275,00, 4 pr. Rente 1280,00, 4 pr. Rente 1285,00, 4 pr. Rente 1290,00, 4 pr. Rente 1295,00, 4 pr. Rente 1300,00, 4 pr. Rente 1305,00, 4 pr. Rente 1310,00, 4 pr. Rente 1315,00, 4 pr. Rente 1320,00, 4 pr. Rente 1325,00, 4 pr. Rente 1330,00, 4 pr. Rente 1335,00, 4 pr. Rente 1340,00, 4 pr. Rente 1345,00, 4 pr. Rente 1350,00, 4 pr. Rente 1355,00, 4 pr. Rente 1360,00, 4 pr. Rente 1365,00, 4 pr. Rente 1370,00, 4 pr. Rente 1375,00, 4 pr. Rente 1380,00, 4 pr. Rente 1385,00, 4 pr. Rente 1390,00, 4 pr. Rente 1395,00, 4 pr. Rente 1400,00, 4 pr. Rente 1405,00, 4 pr. Rente 1410,00, 4 pr. Rente 1415,00, 4 pr. Rente 1420,00, 4 pr. Rente 1425,00, 4 pr. Rente 1430,00, 4 pr. Rente 1435,00, 4 pr. Rente 1440,00, 4 pr. Rente 1445,00, 4 pr. Rente 1450,00, 4 pr. Rente 1455,00, 4 pr. Rente 1460,00, 4 pr. Rente 1465,00, 4 pr. Rente 1470,00, 4 pr. Rente 1475,00, 4 pr. Rente 1480,00, 4 pr. Rente 1485,00, 4 pr. Rente 1490,00, 4 pr. Rente 1495,00, 4 pr. Rente 1500,00, 4 pr. Rente 1505,00, 4 pr. Rente 1510,00, 4 pr. Rente 1515,00, 4 pr. Rente 1520,00, 4 pr. Rente 1525,00, 4 pr. Rente 1530,00, 4 pr. Rente 1535,00, 4 pr. Rente 1540,00, 4 pr. Rente 1545,00, 4 pr. Rente 1550,00, 4 pr. Rente 1555,00, 4 pr. Rente 1560,00, 4 pr. Rente 1565,00, 4 pr. Rente 1570,00, 4 pr. Rente 1575,00, 4 pr. Rente 1580,00, 4 pr. Rente 1585,00, 4 pr. Rente 1590,00, 4 pr. Rente 1595,00, 4 pr. Rente 1600,00, 4 pr. Rente 1605,00, 4 pr. Rente 1610,00, 4 pr. Rente 1615,00, 4 pr. Rente 1620,00, 4 pr. Rente 1625,00, 4 pr. Rente 1630,00, 4 pr. Rente 1635,00, 4 pr. Rente 1640,00, 4 pr. Rente 1645,00, 4 pr. Rente 1650,00, 4 pr. Rente 1655,00, 4 pr. Rente 1660,00, 4 pr. Rente 1665,00, 4 pr. Rente 1670,00, 4 pr. Rente 1675,00, 4 pr. Rente 1680,00, 4 pr. Rente 1685,00, 4 pr. Rente 1690,00, 4 pr. Rente 1695,00, 4 pr. Rente 1700,00, 4 pr. Rente 1705,00, 4 pr. Rente 1710,00, 4 pr. Rente 1715,00, 4 pr. Rente 1720,00, 4 pr. Rente 1725,00, 4 pr. Rente 1730,00, 4 pr. Rente 1735,00, 4 pr. Rente 1740,00, 4 pr. Rente 1745,00, 4 pr. Rente 1750,00, 4 pr. Rente 1755,00, 4 pr. Rente 1760,00, 4 pr. Rente 1765,00, 4 pr. Rente 1770,00, 4 pr. Rente 1775,00, 4 pr. Rente 1780,00, 4 pr. Rente 1785,00, 4 pr. Rente 1790,00, 4 pr. Rente 1795,00, 4 pr. Rente 1800,00, 4 pr. Rente 1805,00, 4 pr. Rente 1810,00, 4 pr. Rente 1815,00, 4 pr. Rente 1820,00, 4 pr. Rente 1825,00, 4 pr. Rente 1830,00, 4 pr. Rente 1835,00, 4 pr. Rente 1840,00, 4 pr. Rente 1845,00, 4 pr. Rente 1850,00, 4 pr. Rente 1855,00, 4 pr. Rente 1860,00, 4 pr. Rente 1865,00, 4 pr. Rente 1870,00, 4 pr. Rente 1875,00, 4 pr. Rente 1880,00, 4 pr. Rente 1885,00, 4 pr. Rente 1890,00, 4 pr. Rente 1895,00, 4 pr. Rente 1900,00, 4 pr. Rente 1905,00, 4 pr. Rente 1910,00, 4 pr. Rente 1915,00, 4 pr. Rente 1920,00, 4 pr. Rente 1925,00, 4 pr. Rente 1930,00, 4 pr. Rente 1935,00, 4 pr. Rente 1940,00, 4 pr. Rente 1945,00, 4 pr. Rente 1950,00, 4 pr. Rente 1955,00, 4 pr. Rente 1960,00, 4 pr. Rente 1965,00, 4 pr. Rente 1970,00, 4 pr. Rente 1975,00, 4 pr. Rente 1980,00, 4 pr. Rente 1985,00, 4 pr. Rente 1990,00, 4 pr. Rente 1995,00, 4 pr. Rente 2000,00, 4 pr. Rente 2005,00, 4 pr. Rente 2010,00, 4 pr. Rente 2015,00, 4 pr. Rente 2020,00, 4 pr. Rente 2025,00, 4 pr. Rente 2030,00, 4 pr. Rente 2035,00, 4 pr. Rente 2040,00, 4 pr. Rente 2045,00, 4 pr. Rente 2050,00, 4 pr. Rente 2055,00, 4 pr. Rente 2060,00, 4 pr. Rente 2065,00, 4 pr. Rente 2070,00, 4 pr. Rente 2075,00, 4 pr. Rente 2080,00, 4 pr. Rente 2085,00, 4 pr. Rente 2090,00, 4 pr. Rente 2095,00, 4 pr. Rente 2100,00, 4 pr. Rente 2105,00, 4 pr. Rente 2110,00, 4 pr. Rente 2115,00, 4 pr. Rente 2120,00, 4 pr. Rente 2125,00, 4 pr. Rente 2130,00, 4 pr. Rente 2135,00, 4 pr. Rente 2140,00, 4 pr. Rente 2145,00, 4 pr. Rente 2150,00, 4 pr. Rente 2155,00, 4 pr. Rente 2160,00, 4 pr. Rente 2165,00, 4 pr. Rente 2170,00, 4 pr. Rente 2175,00, 4 pr. Rente 2180,00, 4 pr. Rente 2185,00, 4 pr. Rente 2190,00, 4 pr. Rente 2195,00, 4 pr. Rente 2200,00, 4 pr. Rente 2205,00, 4 pr. Rente 2210,00, 4 pr. Rente 2215,00, 4 pr. Rente 2220,00, 4 pr. Rente 2225,00, 4 pr. Rente 2230,00, 4 pr. Rente 2235,00, 4 pr. Rente 2240,00, 4 pr. Rente 2245,00, 4 pr. Rente 2250,00, 4 pr. Rente 2255,00, 4 pr. Rente 2260,00, 4 pr. Rente 2265,00, 4 pr. Rente 2270,00, 4 pr. Rente 2275,00, 4 pr. Rente 2280,00, 4 pr. Rente 2285,00, 4 pr. Rente 2290,00, 4 pr. Rente 2295,00, 4 pr. Rente 2300,00, 4 pr. Rente 2305,00, 4 pr. Rente 2310,00, 4 pr. Rente 2315,00, 4 pr. Rente 2320,00, 4 pr. Rente 2325,00, 4 pr. Rente 2330,00, 4 pr. Rente 2335,00, 4 pr. Rente 2340,00, 4 pr. Rente 2345,00, 4 pr. Rente 2350,00, 4 pr. Rente 2355,00, 4 pr. Rente 2360,00, 4 pr. Rente 2365,00, 4 pr. Rente 2370,00, 4 pr. Rente 2375,00, 4 pr. Rente 2380,00, 4 pr. Rente 2385,00, 4 pr. Rente 2390,00, 4 pr. Rente 2395,00, 4 pr. Rente 2400,00, 4 pr. Rente 2405,00, 4 pr. Rente 2410,00, 4 pr. Rente 2415,00, 4 pr. Rente 2420,00, 4 pr. Rente 2425,00, 4 pr. Rente 2430,00, 4 pr. Rente 2435,00, 4 pr. Rente 2440,00, 4 pr. Rente 2445,00, 4 pr. Rente 2450,00, 4 pr. Rente 2455,00, 4 pr. Rente 2460,00, 4 pr. Rente 2465,00, 4 pr. Rente 2470,00, 4 pr. Rente 2475,00, 4 pr. Rente 2480,00, 4 pr. Rente 2485,00, 4 pr. Rente 2490,00, 4 pr. Rente 2495,00, 4 pr. Rente 2500,00